

# Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhoff 3698-3699. Telegramm: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten und 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handeltel) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 18 Pf.] • Nr 78

MITWOCHE, 15. FEBRUAR 1933

ABEND-AUSGABE

## Landwirtschafts-Moratorium

## Gefährliche Schuldner-Zürforge

### Vollstreckungsschutz im ganzen Reich

Die Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz ist gestern unterzeichnet worden. Sie tritt morgen in Kraft. Sie verbietet Zwangsvollstreckungen gegen landwirtschaftliche Grundstücke und gegen landwirtschaftliche Betriebsvermögen und Hausrat mit wenigen, durch Kaufkraft-Bestimmungen noch dazu beschränkten, Ausnahmen im ganzen Reichsgebiet bis zum 31. Oktober 1933.

Zwangsvollstreckungen landwirtschaftlicher Grundstücke sind nur zulässig bei Nichterfüllung der nach Strafverfahren der Verordnung fällig werdenden Zinsverpflichtungen für die erste Hypothek, bei fälligen Betriebskrediten aus Lieferungen für die Erntejahre 1932/33; in beiden Fällen aber muß die Zwangsvollstreckung eingestellt werden, falls ein natürlicher Rückstand (zum Beispiel Unwetterchaden) oder ein wirtschaftlicher Rückstand infolge abnormen Einkommens der Familie vorliegt. Ferner ist Zwangsvollstreckung zulässig bei nicht ordnungsgemäßer Wirtschaftsführung und im Offiziellgebiet, wie bisher, bei Ausmaßlosigkeit der Einkünfte.

Forderungen gegen das landwirtschaftliche Betriebsvermögen sind in privilegierte und nichtprivilegierte geteilt. Für nichtprivilegierte ist Zwangs Vollstreckung in jedem Falle unmöglich. Auch bei den meisten privilegierten Forderungen, zu denen laufende Zinsen der ersten Hypothek, Betriebskredite, Steuern und Sozialabgaben seit dem 1. April 1932 gehören, kann der Einwand des Rückstandes gemacht werden. Lediglich laufende gesetzliche Unterhaltsansprüche, Vorkauforderungen und laufende Sachversicherungsprämien können für den aus dem allgemeinen Befehlen sich ergebenden Beschränkungen.

Die Bestimmungen über den Offenbarungseid werden in der Verordnung ebenfalls modifiziert. Die Geltung des Offenbarungseides kann nur verneint werden, wenn der Gläubiger Unfahndung glaubhaft macht, aus denen zu entnehmen ist, daß der Schuldner außer seinem zum Betriebe gehörigen Grundbesitz noch sonstiges Vermögen besitzt. In das Vermögensverzeichnis brauchen die zum Betriebe gehörigen beweglichen Sachen nicht aufgenommen werden.

## Bertragung des Reichsrats?

### Die Konferenz der Ministerpräsidenten

Das politische Tagesereignis ist die Konferenz der Ministerpräsidenten, die von der Regierung eines Freistaates (nicht Bayerns) angefordert und einberufen worden ist, um eine einheitliche Stellungnahme der Länder zu den neuen Situationen zu erreichen, die durch die zweite Reichssetzung gegen Preußen geschaffen worden ist. Inzwischen haben die Reichskommissare für Preußen sich selbst zu neuen Bevollmächtigten für den Reichstag ernannt und ihre Vertreter bestellt.

Von rechtsstehenden Kreisen wird angeklagt, daß die Regierung Thüringens der Einladung zu der Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten nicht Folge leisten, daß der Ministerpräsident Sachsen zwar erschienen, aber die Meinung vertreten werde, daß der Reichstag gar nicht berufen sei, die Rechtmäßigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten nachzuprüfen. Die richterliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit obliegt allerdings dem Staatsgerichtshof. Es scheint, daß die Länderregierungen auch nichts anderes wollen, als daß der Spruch des Staatsgerichtshofes abge-

wartet werde. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten dürfte die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung vorgeschlagen werden, die in den Antrag mündet, wichtigere Verhandlungen des Reichsrats bis zu der richterlichen Entscheidung zu verlagern. Es wird angenommen, daß für den Verlagsantrag eine Mehrheit im Reichstag sich entscheiden wird.

Neben der rechtlichen gibt es aber auch eine politische Frage. Inwieweit der föderalistischen Verfassung des Reichs hat der Reichstag nicht nur eine getragene, sondern eine kontrollierte Funktion gegenüber der Reichsregierung. Diese Kontrolle wird unmöglich und illusorisch, wenn fast zwei Fünftel aller Stimmen im Reichstag durch die Reichsregierung instruiert werden. Sinn und Aufgabe des Reichstages werden dadurch negiert. Es ist offensichtlich sehr billig, zu behaupten (wie es der „Reichische Beobachter“ tut), daß die länderrechtlichen Länder „unter dem Deckmantel eines angeblichen Kampfes für die Verfassung“ praktische Hinfälligkeit für den Marxismus leisten wollen. Alles ist „Marxismus“, was den neuen Machthabern nicht gefällt.

## Kleine Entente als Einheit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

G. E. N. F., 15. FEBRUAR

Die Konferenz der Kleinen Entente wird hier von den beteiligten drei Delegationen der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Ruminiens diesmal mit einem besonderen Geheimnis umgeben. Die große Bedeutung der Weltlage soll darin zu erblicken sein, daß die drei Staaten der Kleinen Entente, obwohl ihre gesonderte Souveränität immer wieder betont wird, doch für die Außenpolitik künftig nur noch einen einzigen einheitlichen Block bilden werden.

Tatsächlich ist kein Zweifel darüber möglich, daß die drei Staaten die Organisation ihres bisherigen Bündnisses verstärkt und enger gestaltet haben. Nicht ganz sicher ist bisher, ob sie wirklich in Zukunft andere Staaten und dem Weltblock gegenüber als ein vollkommen einheitlicher Block auftreten werden, etwa dergestalt, daß Vertretung nur mit allen drei Staaten gleichzeitig und niemals mehr von einem von ihnen besonders abgeschlossen werden können.

Evident bedeutet aber die engerer Konferenz der Kleinen Entente den Anstoß zu einer Ausdehnung der unerschütter-

Drohung, die der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš kürzlich in der Hauptkammer der Reichstagsversammlung ausgesprochen hat: Wenn die europäischen Staaten es ablehnen sollten, sich obligatorisch zu einem Block zusammenzuschließen, so werden einige Staaten freiwillig einen solchen regionalen Block abschließen. Als Anfang dazu soll offenbar die verstärkte Kleine Entente dienen.

Auch die äußere Organisation der neuen Kleinen Entente soll fortgebildet werden: ein Oberster Rat und ein Sekretariat der Kleinen Entente werden gebildet. Das Sekretariat soll seine Zentrale in Genf haben mit Zweigstellen in den drei Hauptstädten Prag, Belgrad und Bukarest.

## Preußen-Sparverordnung unwirksam?

Das Arbeitsgericht Berlin hat auf eine Klage des Betriebsratsvorsitzenden der Preussischen Staatsbahn entschieden, daß den Betriebsratsmitgliedern kein Sparzwang von ihren Bezügen gemacht werden dürfe. Es bleibt abzuwarten, welche Tragweite diese Entscheidung hat, durch die die Wirksamkeit der Preussischen Sparverordnung vom 1. Juli 1932 angegriffen wird.

Die alte Forderung des Landbundes ist erfüllt: Die Reichsregierung hat durch Rotverordnungen den Vollstreckungsschutz, der bisher nur der Landwirtschaft in den Offiziellgebiete zugewiesen kam, auf das gesamte Reich ausgedehnt und zugleich den tatsächlichen Umfang der Bestimmungen erheblich erweitert. Wir geben die neuen Verfügungen an anderer Stelle wieder; hier seien einige grundsätzliche Bemerkungen angebracht.

Die Wünsche der Arbeitsbeziehungen scheitern immer wieder, daß Merkmale, die in der Rotverordnungen entstehen, auf die Gläubiger abgemäßt werden. Die Gläubiger müssen nun einmal damit rechnen, daß keine Kapitalanlage — sei sie lang- oder kurzfristig, gefichert oder ungedeckt — risikofrei ist, und sie suchen sich in der Regel auch durch entsprechende Zinssätzen gegen Merkmale einzuräumen zu müssen. Eine bedenkliche Erwidmung ist es jedoch, wenn das Recht Partei ergreift und eine grundsätzliche schuldnerfreundliche Richtung einschlägt. Nimmt man die Entwidmung des gerichtlichen und des räumlichen Rechts zum Maßstab, so kann man behaupten zu dem Urteil gelangen, daß es ein Merkmal des Rechts ist, wenn die Gesetze immer wieder die Schuldner herabsinken und den Kreditgebern das Nachsehen lassen. Wir wollen daraus nur keine Schlüsse auf die Entwicklung des deutschen Rechts ziehen. Tatsache ist aber, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung seit Beginn des Krieges, vor allem aber seit der Zeit, auf die wir hier hauptansprüche Schuldnerzürforge eingestellt sind, nicht nur den Zahlungsunfähigen, sondern auch den Zahlungswilligen zugute kommt, ja Zahlungsunfähigkeit geradezu züchtet. Sie trägt das Geßiß dafür aus, daß die Verlegung von Schulden eine Ehrenpflicht ist.

Die Ursachen dieses Verfalls der Schuldnermoral sind mannigfaltig, eine bedarf aber der Hervorhebung. Man kann nicht erwarten, daß der einzelne Bürger seinen Pflichten Genüge tut, wenn sich der Staat als selbst, die Quelle des Rechts, die Verfeinerung der Rechtsordnung, verteidigt und geschäftlichen Verpflichtungen entzieht. Auch wenn man von den Rechtsabriden absieht, die als Kriegsanbahnungen begangen wurden, oder daß die Grenzen aus des Kriegesgründe überschritten, so ist es erforderlich, wieder Vertragsverletzungen, die die Mehrheit der Staaten in den letzten beiden Jahrzehnten hat zuzulassen kommen lassen. Zahlreiche Staaten haben ihre Anleihen nicht abbezahlt werden lassen, haben ihre Zahlungen in zum Teil recht leistungsfähiger Weise verweigert, haben die Aufwertungsgebote militärisch angewandt, haben durch Annulierung, Moratorium, Zinsherabsetzung, Sondersteuer und Maßnahmen der verschiedensten Art die Rechte ihrer Gläubiger gekümmert. Siqua kommt, daß im Falle der Reparationen die Verpflichtung des Staates selbst besonders unmaralisch war, so daß es sich von selbst verstand, wenn der Schuldner immer wieder eine Minderung seiner Zahlungsverpflichtungen verlangte. Sicht man von diesem besonders gelagerten Fall ab, der sehr obdunk seiner Erledigung entgegensteht, so ist zu sagen, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse dringend erforderlich ist, daß die Staaten endlich wieder ihren finanziellen Verpflichtungen pünktlich und ohne immer erneute Vertragsänderungen nachkommen.

Und daselbe gilt für die privaten Schulden. Es besteht gewiß Einigkeit darüber, daß die furchtbaren Vermittlungen an Kapital, die Krieg, Inflation und Krise angerichtet haben, nicht nur auf die Schultern der Schuldner geladen werden können, wenn sie deren gegenwärtige und zukünftige Leistungsfähigkeit übersteigen. Die Gläubiger haben sich auf allen allgemeinen unter dem Druck der Verhältnisse bereit erklärt, Nachteile zu bemessen und Forderungen zu stunden, schon unter dem Gesichtspunkt, wenigstens einen Teil ihrer Kredite zu retten.

Es veröffentlichten wir kürzlich aus Amerika, das einen Vollstreckungsschutz nicht kennt, einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die großen Hypothekengläubiger, insbesondere die Versicherungsabteilungen, ihren Schuldnern einen generellen Aufschub gewährt haben. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß in den Vereinigten Staaten auch in zahlreichen Fällen Zwangsversteigerungen von den Farmen mit demselben Ergebnis worden sind. Einmal solchen Schindler zu tun, ist eine vernünftige gesetzliche Regelung vorzuziehen.

Eine solche Regelung hat sich jedoch in engen Grenzen zu halten. Vom Preussischer ist die gegenwärtige Wirtschaft betroffen worden; auch man eine bestimmte Wirtschaftsgruppe

# Polens Druck auf Paris

## Sehr zurückhaltende Antwort auf das Hitler-Interview

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 15. FEBRUAR

Der polnische Außenminister Beck hielt heute im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Reichsambassadeur in Warschau. Der polnische Außenminister Beck hielt heute im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Reichsambassadeur in Warschau. Der polnische Außenminister Beck hielt heute im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Reichsambassadeur in Warschau.

Der polnische Außenminister Beck hielt heute im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Reichsambassadeur in Warschau. Der polnische Außenminister Beck hielt heute im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Reichsambassadeur in Warschau.

Zur Abrüstungsfrage sprach der polnische Außenminister dann mit einer Schärfe, die offenbar vor allem in Paris Einbruch finden wird. Er wiederholte den polnischen Vorschlag, jetzt nur eine sogenannte kleine Abrüstungskonvention fertig zu stellen, ließ also kein Konkurrenz mit seiner Forderung nach Annahme des großen französischen Vorkentwurfs zum zweitenmal voll-

ständig im Stich. Den Anlaß für dieses Abweichen der polnischen Haltung von den Wünschen des französischen Verbündeten machte die Rede Becks diesmal ganz deutlich, indem sie angedeutet sofort auf die Möglichkeit der sogenannten Primatärkonferenz über die Ostfrage zurückging. Die polnische Haltung überlagert Polen wieder eine Entschiedenheit erkennen, die seine Interessen in irgendeiner Weise berührt und ohne polnische Mitwirkung getroffen wäre.

Sehr viel ruhiger war dann die Antwort des polnischen Ministers auf das Londoner Hitler-Interview. Es fiel ihm niemandem gelungen, den Status quo in Europa durch bloße Worte zu ändern. Wenn der Rame des deutschen Reichsleiters unter Ausparung für die Veränderung der Grenzen steht, so ist das genau ein solches, sich dem zu widersetzen. Die amtliche Darstellung der Haltung Becks hat aber dieser Stellungnahme eine international zulässige Form gedeutet. Natürlich ließe die deutsche Haltung auch noch bestmöglich für die weitere Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen, die aber jetzt mehr von Berlin abhängen als von Warschau. Eine Schlussbemerkung richtete sich dann wieder viel klarer gegen die Bestrebisse als gegen Deutschland: Polen sei zu internationaler Mitarbeit bereit. Es werde aber nie zuzulassen, daß man einen Spielball in den Händen anderer aus ihm mache, ganz gleich, wie viele anderen auch seien.

Politik der Kommunisten gegen Korridor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 15. FEBRUAR

Die polnische kommunistische Partei, die seit einer Reihe von Jahren nur noch illegal tätig ist, hat in ihren letzten Auftritten ihre frühere Stellungnahme zu der deutsch-polnischen Grenzfrage bemerkenswert geändert. Während die Partei zur Zeit der oberländischen Abstimmung zum Kampf für die Befreiung des oberländischen Polens aus dem Bereich der deutschen Infiltration aufrief, erklärt sie sich jetzt für die vollständige Abschaffung des Korridors und des Reiches von Polen. Die polnische Partei steht in dieser Beziehung einem neuen Bundesvertrag der Kommunisten unter der Einwirkung Moskaus.

von seinen Auswirkungen freizustellen, so bricht die Kritik mit um so größerer Gewalt über die übliche Wirtschaft. Schon bisher mußte ein Teil der Agrar-Steuerträger, insbesondere die Genossenschaften, vom Staat gelöst werden, der die Mittel dazu wiederum der weltlichen Wirtschaft entzogen. Vermutlich wird man jetzt Maßnahmen ergreifen müssen, um die dem Staat durch die Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Moratorium zu schließen. So zieht eine Subvention die andere, ein Moratorium das andere nach sich, bis der gesamte Agrarbereich, auf dem die moderne Wirtschaft nun einmal beruht, zerfällt ist.

Singun kommen die moralischen Folgergedankungen, die gar nicht unterschätzt werden können, auch über materielle Tragweite nach. Wir leben noch heute darunter, daß infolge der Inflation eine ganze Generation von Unternehmern das genaue Kalibrieren und das sorgfältige Sparen verlernt oder gar nicht erlernt hat. Es ist leider zu befürchten, daß von den jetzigen Maßnahmen entsprechende Wirtungen ausgehen werden. Die pünktliche Begleichung der Schulden erweist sich, wenn der Staat immer erneut in die Gläubigerkreise eintritt, geradezu als ungewinnlich, mehr noch, je gilt, in tieferer Umkehrung der natürlichen Reihenfolge, beinahe als schädlich, als eine Verletzung der Gerechtigkeit. Immer wieder hört man, daß Konsumenten gar nicht zu zahlen wagen, auch wenn sie es in der Lage wären, weil sie damit rechnen müssen, daß dieser Zweckes mangelnden Korporalgesetze ist unter ihren Nachbarn diffusant.

Der Schaden, der durch diese Moratoriumspolitik angebracht wird, trifft fast Endes nicht nur die Gläubiger, sondern auch den Verlustand selbst, der durch die Forderung zünftig begünstigt wird. Nach den Erfahrungen, die in den letzten Jahren mit dem Agrarrecht gemacht worden sind, muß man damit rechnen, daß es — was selbstverständlich ist — nicht nur gegenwärtig unmöglich ist, für landwirtschaftliche Zwecke Kapital zu beschaffen, sondern daß der deutsche Agrarrecht auf lange Zeit hinaus nicht mehr aus privaten Quellen gespeist wird und nur noch mit Hilfe staatlicher Hilfsmittel wieder aufrechtzuerhalten werden können. Wie weit darüber hinaus die gesamte Kapitalbildung unter den entmutigten und gestutzten Bedingungen leben wird, läßt sich gemäß nicht voraussagen. Wenn man auch hierfür die Erfahrungen der Inflationenzeit heranzieht, so kommt man leider zu recht unerfreulichen Schlußfolgerungen.

H. B.

# Das deutsche Saargebiet gegen Volkszerreißung

Warum Papen abgelehnt wird

Die Reichsregierung hat als Vertreter nach dem Saargebiet den Bisanzler von Papen entsandt, dessen Familie dort begütert ist. Leider haben, wie bereits gemeldet, die Vertreter der beiden maßgebenden Parteien des Saargebietes, des Zentrums und der Sozialdemokratie, gegen die Person Papens durch Freibleiben von einer von ihm einberufenen Besprechungsversammlung demonstriert. Wir haben diese Demonstrationen, welche als eben für unsere Pflicht die Begründung bilden der Haltung mitzuteilen, welche die sozialistische Zentrumsgruppe gibt. Nach dankbarer Würdigung der Teilnahme der Reichsregierung wird gesagt:

Nicht nur wir, sondern der weitaus überlegende Teil der Saarbevölkerung hat mit tiefem Bedauern und mit Enttäuschung in der letzten Zeit von den zahlreichen Ministerreden des gegenwärtigen Reichskabinetts in Parteiverfammlungen Kenntnis genommen, in denen immer wieder den Zielen der Bevölkerung, die ihre politische Heimat nicht im Papen-Sagenbergischen Lager haben, die nationale und vaterländische Meinung abgelesen wird. Das Saargebiet, das 13 Jahre lang fast bei volkswirtschaftlicher Absterben unerschützte Opfer für die deutsche Sache gebracht hat, das allen Gedanken und Bestrebungen fremder Ombudscher geschloßen Widerstand entgegensteht, wird allmählich irtz, wenn die Kreise in Deutschland, die für die deutsche Politik verantwortlich sind, nicht endlich aufhören, einen Stellvertreter gegen den anderen auszuspielen. Die von der gegenwärtigen Reichsregierung als weniger national zuverlässig gefeinachtete Mehrheit der Saarbevölkerung wird nach die erdrückende Mehrheit derer sein, die bei der Abstimmung im Jahre 1935 durch den Stimmzettel die Wiedererlebung in unser deutsches Vaterland fordern. Die Mehrheit der Saarbevölkerung muß sich aber nun auch endlich verbitten, von den zur Zeit herrschenden Mächten in Deutschland immer wieder befragt zu werden."

Nachfolgend äußert sich die sozialdemokratische Partei. So begründet die Ablehnung der Wehlohen ist, mit denen Vertreter der jetzigen Reichsregierung das Monopol nationaler Organisation für ihre Anhänger in Anspruch nehmen, so müssen wir doch dabei bleiben, daß es unangebracht war, diesen Streit grade bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen.

# Der Schriftsatz des Reiches

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 15. FEBRUAR

Die Antwort der Reichsregierung auf die Frage des Schriftsatzes wegen der neuen Reichsregierung, deren Einigung vom Staatsgerichtshof bis 16. Februar befristet ist, hat heute in Leipzig eingetroffen. Unter dem Titel in der Hauptverhandlung läßt sich nicht sagen, da nach der Beschrift der Regierung Braun, der die Stellungnahme der Reichsregierung namentlich ausgeht, wird, noch mit einem zweiten Schriftsatz des Reiches zu rechnen ist.

# Japan einstimmig verurteilt

Mandschuko wird nicht anerkannt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 15. FEBRUAR

Die Empfehlungen des Völkerbundkomites im ostasiatischen Konflikt sind von der Neuzugabe-Kommission der außerordentlichen Völkerbundversammlung mit ganz geringfügigen redaktionellen Änderungen angenommen worden. Es bleibt also dabei, daß der Völkerbund auf der Aufrechterhaltung des neunten Kapitels des Völkerbundesvertrages besteht und auch darauf, daß von einer Anerkennung des Mandschuko-Staates nicht die Rede sein kann. Die Neuzugabe-Kommission billigt auch die weitere Empfehlung, daß etwaige neue Verhandlungen zwischen den beiden Staaten nicht unter dem Druck einer militärischen Aktion Japans stattfinden dürfen, und fordert entschieden die Abmündung des gegen von Japan besetzten Ostchinas.

Die außerordentliche Völkerbundversammlung ist auf nächsten Dienstag, den 21. Februar einberufen worden. Der genaue Text der Beschlüsse der Neuzugabe-Kommission, die sie annehmen soll, wird Ende dieser Woche veröffentlicht.

# MacDonald fährt allein

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 15. FEBRUAR

Ofters hat sich der amerikanische Völkerrechtler Sir Ronald Amundson wieder nach Amerika eingeschifft, und schon heute laucht, von den Sanborns "Times" wohl kaum ohne Wissen wichtiger Stellen in die Welt geht, der Plan an, daß vorläufig nicht eine große Kommission, sondern der Fremdenminister MacDonald allein nach Washington fahren soll, sobald Roosevelt sein Präsidentenamt angetreten hat.

Deutscher kann man es dem englischen Volk kaum sagen, daß man sich von den schwedischen Verhandlungen vorläufig keinen Erfolg verspricht, weil eben so viel allgemeine Weltwirtschafts- und Finanzfragen, sondern der Spezialproblem England-Amerika mitzubeurteilenden sind, daß man allein unter sich zu einer definitiven Entscheidung gar nicht kommen kann.

Der Reichstag hat zum Präsidenten der Weltwirtschaftskonferenz designierten englischen Regierungschefs bei dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten ist eine mehr als höfliche Geste gegenüber der befreundeten angelländischen Nation, die jeder engeren Verknüpfung wegen Meinungsverschiedenheiten in der Kriegsschuldfrage vorbeugen soll. Für eine solche Mission ist der immer außerordentlich und milde MacDonald natürlich die geeignete Persönlichkeit.

# Belgien verschärft Badeordnung

Das belgische Staatsblatt veröffentlicht einen Erlass, wonach für das Badeleben an der Nordsee die außerordentlichsten Vor-

öffentlich und außerdem durch die Radiofonie des Völkerbundes verbreitet werden. Wahrscheinlich wird die Verammlung am Dienstag zunächst das Schlichtungsverfahren feststellen und den endgültigen Beschluß gemäß Artikel 15 § 4 am Freitag tagend fassen.

# Die neue große Offensive

Inzwischen werden, melbet Reuters, in Japan alle Vorbereitungen für die neue große Offensive am 1. März, dem Jahrestag der Errichtung Mandschukos, getroffen. Als nächster Schritt sind, wie japanische Wehrbeauftragte in Peking bereits am 6. und 7. Februar, drei japanische U-Boote an China zu versetzen, die eine sofortige japanische Invasion sämtlicher chinesischer Truppen aus der nordchinesischen Provinz Szechuan zur Bedingung stellen.

Im japanischen Unterhaus wurde die bisher höchste Obligationenausgabe von 600 Millionen Yen bewilligt, um die nötigen Mittel für die Operationen in Szechuan zu sichern.

schärfste Bestimmungen in Kraft treten. Den Kurierwachen wird bei Androhung sofortiger Konfiszationsstrafe aufgegeben, das Strandleben auf das Strengste zu beschränken. Jeder, der sich durch das Verhalten eines Badegastes verletzt fühlt, hat das Recht, die Polizei um Entschädigung anzusprechen.

# Verboten

Das Organ des Freigeistlichen Sozialdemokratischen "Die Gewerkschaft" ist bis 26. März verboten. Als Grund des Verbots wird Anreizung zum Generalstreik angegeben, die in einem Nr. 6 des Blattes erschienenen Artikel unter der Überschrift "A. D. W. B. S. P. D. und K. P. D. müssen sich zusammenschließen" erblickt wird.

Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" ist für sechs Tage verboten.

Die in Magdeburg erscheinende sozialdemokratische "Volkstimme" ist auf fünf Tage verboten, weil, wie es in der Begründung heißt, durch Ausführungen in dieser Zeitung der Reichspräsident von Magdeburg beschimpft und verächtlich gemacht wurde.

Wegen angeblicher "Beschimpfung und bewilliger Beschädigung der Polizei" wurde die Ausgabe der in Frankfurt a. M. oder erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung "Volkstreu" bedingungslos. Es enthält feindselige Bemerkungen zu dem Polizeireport über die Zusammenkunft anlässlich des nationalsozialistischen Ueberfalls auf den Demonstrationstag der Eisenen Front.

Das kommunistische "Lürringer Volksblatt" in Erfurt ist auf fünf Tage verboten.







Achtung! Halt!

Von HOSNI-EL-ORABI

Es gibt innerhalb dieser Welt eine andere, die felsen von „braven Deuten“ ausgeht wird. Sie untersteht sich in ihren Grundabläufen und Einzelheiten, in Kleidung und Haltung, Tag und Nacht, den Stunden der Arbeit und der Ruhe, ihren Gebahren und deren Aussehen, ihren Gesetzen und Verbänden, kurz, in allem von unserer Welt. Es herrscht Gleichheit unter ihren Bewohnern, es gibt gleichmäßige Arbeit und Ruhezeit, Hospitäler für die Kranken und — keine Welt darin. Allerdings herrschen dort Strenge und Disziplin, die auch Grausamkeit und Unmenschlichkeit genannt werden können.

Wie viele meiner Leser diese Welt ferngelenkt haben, kann ich nicht wissen. Ich kann nur denken, die sie Gelegenheit dazu hatten, rufen, es einmal zu verlassen und nicht immer als ein Jahr darin zuzubringen. Ich räume mich, den Vorzug gebend zu haben, und wer weiß, ob ich sie, wenn unsere Welt mich wieder mit ihren Gesetzen und Verbänden verfolgt, nicht wieder aufsuchen werde.

Sicherlich haben meine Leser den Namen der Welt, von der ich spreche, längst erlesen, es ist die der „Gefängnisse“. Sie hat ihre Gefängnisse, die sich, wie schon gesagt, von denen unserer Welt unterscheiden. Es sind weniger Gefängnisse, von deren Leben erzählt, wenn sie sich dadurch keiner Gefahr aussetzen.

Eines Tages am frühen Morgen, als ich vor der Tür meiner Zelle stand, kam ein meiner Mitgefangenen, Nummer 333, um sie in Ordnung zu bringen.

„Guten Morgen. Wie geht es Ihnen heute?“

„Danke, ganz gut!“ Während er die Sinne abwuschte, fragte er mich, aus welchem Grunde ich im Gefängnis war, weshalb ich meine eigenen Fehler trüge und mir trotz der Gefängnisvorschriften eine besondere Behandlung zuteil wurde.

Ich antwortete bereit auf den zweiten Teil seiner Frage und sagte, daß ich in Untersuchungshaft sei, und jeder in meiner Lage, der es bezahlen könne, behandelt würde wie ich. „Die Antwort auf den ersten Teil Ihrer Frage müssen Sie selbst erraten“, fügte ich hinzu.

„Sie werden verurteilt und sagten: „Willehdt Faltschmünzer?“

„Nun lasste ich und erwiderte: „Ginnut nicht.“

„Nun Willehdt Schwimder?“

„Wieder falsch; aber sagen Sie mir doch, was Sie auf den Gedanken bringt, mich für einen dieser Leute zu halten?“

„Ihre Kleidung, die ist sauber und gut, und Ihre Sprache, Sie scheinen ein gebildeter Mann zu sein. Niemand würde in Ihnen einen gewöhnlichen Dieb vermuten, meiner Erfahrung nach wenigstens nicht folge, die gut gekleidet sind und gewandt reden können, entweder Faltschmünzer, Schwimder, Betrüger oder Betgeilenden, wenn sie das Schicksal haben, ins Gefängnis geworfen zu werden.“

„Ich dachte Ihnen für den Aufbruch, Kamerad, aber ich habe, nicht einer von Ihnen zu sein, zarter, Sie wie weiter, Sie sind ein fluger Bursche.“

Aber da kam der Wächter, unterbrach unsere Unterhaltung und schied ich fort, wiewohl ich auf meine Bitte ein, ihn am nächsten Tage wiederkommen zu lassen.

Am folgenden Tage kam Nr. 333 wieder, und nachdem wir uns begrüßt hatten, begann er, „Sie sagten mir noch nicht, weshalb Sie hier sind.“

Ich sah ihn, mit erzt zu fragen, warum er hier sei.

„Ach! Ich gehöre zu Achtung! Halt!“

„Achtung! Halt! Was ist das?“ fragte ich.

„Das wissen Sie nicht?“

„Ich weiß, daß es ein Kinderpiel gibt, das so genannt wird.“

„Und von diesem Kinderpiel her stammt unser Beruf.“

„Ergählen Sie mir doch mehr davon.“

„Also es geht so dabei zu. Drei von uns machen einen Spaziergang, z. B. am Strande, und wenn wir einen wohlhabenden aussehenden Mann allein ankommen sehen, umgibt man ihn, rufen: „Achtung! Halt!“ und zeigen weg von uns. Während der Mann sich nun überwindet und erkundet umfodt, schnappt einer von uns ihm die Brieftasche weg und wirft sie dem nächsten zu, der sie auffängt und davon läuft. Für den Fall des Wiederholens beginnt einer der beiden anderen einen Streit mit ihm, und der dritte ist sein Zeuge. Wenn dann alles geregelt ist, treffen wir uns mit unseren Verbindungen und verteilen die Beute gleichmäßig unter uns.“

„Ich lasse herzlich über diese neue Methode des Diebstahls, von der ich nie etwas gehört hatte.“

„Wahen Sie über uns? Wir brauchen nie Gewalt. Wir erschaffen keine Schöpfer auf, unsere Hände sind nie mit Blut besetzt. Wir tun niemandem großen Schaden. Die meisten unserer Diebstähle kommen höchstens auf 5 bis 10 Pfund. Es ist kein großer Verlust für die Betroffenen, denn häufig geben sie das Geld, das wir nehmen, auf einmal für irgendein Grauzugruß aus.“

„Nun, nein, ich lasse nicht über Sie. Ich freue mich darüber, etwas Neues zu hören. Nur noch zwei Fragen möchte ich stellen. Wäre es nicht möglich, daß der, dem Sie die Brieftasche gewissermaßen, Sie betrügt und Ihnen etwas vorzahlt?“

„O nein. Wir haben unsere Ehre. Wir sind ehrliche Leute. Sie könnten sich nach Ihrer Entlassung ohne jede Furcht mit uns einlassen, und wenn Sie wollen, nehmen wir Sie in unsere Arme auf.“

„Danke, danke. Aber wie kam es denn, daß man sie folgte?“

„Narun war meine eigene Dummheit, daß man mich blödsinnig Dummeht.“

„Ergählen Sie, wie es kam.“

„Eines Nachmittags in Alexandria machte ich mit meinen Freunden — ohne jede Absicht zu solchen — einen Spaziergang am Ufer des Mittelmeeres, als wir einen alten jüdischen Herrn begegneten, der allein war und sehr wohlhabend ausah. Es wäre ein Verbrechen gewesen, die günstige Gelegenheit vorbeizugehen zu lassen, deshalb haben wir einander das Zeichen und umringten ihn, wie es unsere Gewohnheit war. Zu unserem Glück erschrak er und leistete keinen Widerstand, also nahmen wir ihm seine Brieftasche weg und gingen vernünftig unserer Wege. Wir verteilten das Geld unter uns und hatten eine schöne Zeit. Einige Tage danach wurde einer meiner Familie verschütt, — er gehörte nicht zu „Achtung! Halt!“, er arbeitete nach der amerikanischen Methode, von der ich Ihnen später erzählen werde,

wenn Sie sie nicht kennen, — und es wurde ein Tag für die Behandlung vor Gericht angesetzt. Aus Mitleidität mit ihm zu trauern, beklagte ich ihn bühnen und laschte mich ganz von in die Nähe seines Verteidigers. Nach wenigen Minuten wurde die Verhandlung eröffnet, und die Leute erhuben sich beim Eintritt der Richter. Als mein Blick auf sie fiel, schrak ich zusammen und war wie von Sinnen, denn der Vorlesende war kein anderer als der schwächliche alte Herr, den wir betraubt hatten. Da eine dicke gedrungene Menge der Verhandlung betwohnte, sprang ich in meinem Schreie über die Bänke und die Köpfe der Zuhörer hinweg, wobei ich den Leuten auf Hände und Füße trat und ihre Tze noch allen Richtungen flohen. Natürlich wurde ich in meinem Bemühen, fortzukommen, eine große Störung. Einer der Zuhörer rief: „Achtung! Halt!“ und die Soldaten ergreifen mich und brachten mich vor den Richter. Als die Worte „Achtung! Halt!“ mir in den Ohren klangen, glaubte ich mich erkannt, und bevor der Richter noch dazu kam ein Wort zu sagen, bot ich ihn, Erbarmen mit mir zu haben und ein mildes Urteil zu fällen... Und nun, sehen Sie, bin ich eben hier.“

Aus dem Aegyptischen überetzt von Luise Wolf.

Bildnisse deutscher Universitäten

KÖLN

Unsere Aufzählung brachte bisher: im alten Jahr: Freiburg (Nr. 569), Göttingen (Nr. 574), Halle (Nr. 580), Breslau (Nr. 586), Hamburg (Nr. 592), Erlangen (Nr. 598), Greifswald (Nr. 600), Köln (Nr. 610), Kiel (Nr. 616), München (Nr. 622); in diesem Jahr: Tübingen (Nr. 6), Königsberg (Nr. 12), Marburg (Nr. 18), Jena (Nr. 24), Leipzig (Nr. 30), Bonn (Nr. 36), Frankfurt a. M. (Nr. 42), Münster (Nr. 48), Rostock (Nr. 54), Gießen (Nr. 60) und Würzburg (Nr. 66).

Köln ist Deutschlands jüngste Universität. Das Wunder ist: Gieß, es gab im Ausgang des Mittelalters seit 1388 eine weitbekannte Universität hier in Köln, die sogar mit der zu Paris wetteifern konnte. Aber sie ist in der Franzosenzeit zugrunde gegangen, zum Teil auch schon vorher scholastisch erkrankt gewesen. Die alte Hochschule war eine Gründung des Papstes der Stadt. Trotzdem konnte sie nach Abzug der Franzosen nicht mehr erneuert werden. Denn Köln war preußisch geworden, und Preußen hat stets kein Versteht, damit die rheinische Metropole eine Universität mehr vergeblich. Alle Bemühungen zur Erneuerung waren vergeblich, so 1818, 1860, 1910, 1915. Bonn war der glückliche Erbe. Erst nach dem Weltkrieg gelang es den Vertretern der Stadt Köln, die Übernehmung und Anerkennung einer Universität nach harten Verhandlungen zu erreichen. 1919 fand die Gründung statt. Die Stadt blieb der Wägen und finanzierte den Aufbau und Ausbau.

Die Universität hat ihrer Stadt die Gründung gefolgt. In den vierzehn Jahren ihres Bestehens hat sie eine Entladung aufzuweisen, die auch im Zeitalter des Hochkapitalismus noch etwas bedeutet. Der Zahl der Studierenden nach ist die drittgrößte deutsche Universität. Institute entstanden, bedeutende Lehrkräfte wurden verpflichtet, gefolgt wurde geordnet — und bald war das alte Volk zu fließen. Wütig beschloß die Stadt einen Neuanfang, der allen Anforderungen der Zeit genügen sollte. Er liegt am Rande der Stadt im „Grüngürtel“. In einem Jahr wird er ganz bezogen sein. Die Umfänge dieses großen äußeren Erfolges sind so vielfach, daß man ihre Gesamtheit gerne mit dem gefährlichen

Wort bezeichnet, das in der heutigen Sprache die Mannigfaltigkeit menschlichen Wissens bedeutet: wir sprechen von „Welt“ der Universität. Doch nennen wir gleich einen Teil dieses Wissens, einen sehr greifbaren, aber einen nicht durch Biographien leicht zu fassen, äußerst günstiger Charakter. Köln liegt ja inmitten des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsbezirks, inmitten vieler großer Städte. Eine so gute Lage hat außer Berlin wohl keine deutsche Universität. Das aber erklärt nicht allein den Erfolg. Denn es hätte auch für Bonn gegolten. Was ist dann das Eigentümliche des Kölner Universitätsgeistes? Man könnte hier den Namen eines Mannes nennen, der nicht nur in der Universität, sondern auch bei Wätern der Öffentlichkeit tief gewirkt hat. Er ist: Benn. Wie also die Eigenart der Universität zu schildern versuchen, schildern wir zugleich sein Lebenswerk.

Vergorgegangen ist die Universität aus mehreren Kölner Hochschulen, besonders der Handelshochschule, deren Direktor er war. Das ist eine Tatsache, die das Bild der Universität entscheidend geprägt hat. In ihrer Wege stand nicht jener reine, oft weltabgewandene Geist der Forschung, der die alten großen Universitäten bestimmt hat, es hand nicht dort jene stille, zurückhaltende, oft selbstgenügsame Bescheidenheit großer Gelehrtenpublikum. An der Wiege der Kölner Universität stand vielmehr der Weltmensch und die Weltweite von Kaufleuten, die der Gegenwart leben. Sie wollten von ihrer Hochschule gut ausgebildete Mitarbeiter. Sie wollten auch ein Wissen, das der Gegenwart diene und ihr vor allem sich verpflichtet fühle. Symbolisch zeigt sich der Wille der Stifter darin, daß bei Universitätsfeiern im Auftrag der Professoren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät den Vortritt hat. Für ein humanistisches gebildetes Herz zuerst zweifellos eine groeste Vorleistung!

Zwei Forderungen hat die Universität erfüllt müssen: einmal die nach gegenwärtigem Wissen, dessen radikalste Form das Fachwissen ist, dann die — fragen wir es hart heraus — nach Heilbarkeit. Da war die Pflicht auf Bonn bestimmend. So hat Köln keine Ideologischen Fakultäten, auch die für die Zeit des Historismus typischen Fächer, wie orientalische Philologie und Geschichte, Rechtsgelehrte, haben keine eigenen Lehrstühle. Alle diese Professuren waren ja schon in Bonn vorhanden. Dafür aber wurde auf jene Wissensgebiete

Carl Erich Correns f

Der Entdecker der Mendelschen Regeln

Zu seiner Villa in Dahlem fast gefahren an einer schmerzhaften Gelenkerkrankung Carl Erich Correns, einer der Größen aus der an bedeutenden Männern nicht armen Berrangerwissenschaft. Am 19. September 1864 in München geboren, studierte er unter Raugel, deMeist, habilitierte sich 1892 in Tübingen, wurde 1902 außerordentlicher Professor in Leipzig, 1909 außerordentlicher Professor in Münster und 1912 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie in Dahlem. Correns hat fast auf allen Gebieten der Pflanzenphysiologie sehr bedeutende Arbeiten geleistet. Seine ersten Anregungen erhielt er von Raugel. Unter den Vätern, die ihn besonders beeinflusst haben, sind vor allem Pfeffer und Wächter zu nennen. Bei seinen Studien zur Entwicklungsgeichte der Pflanzen erndete er zufällig im Jahre 1900 die Mendelschen Regeln, die der Berliner Cheurer Gregor Mendel 1865 in den Verhandlungen des Naturforschenden Vereins in Braun niedergelagt hatte, und die seitdem völlig in Bergeffenheit geraten waren. Es ist ein eigenartiger Zufall, daß zur selben Zeit auch Sageret und de Vries die gleiche Entdeckung machte. Carl Erich Correns begann die moderne Züchtungslehre, bei deren Weiterbau und Ausgestaltung Correns führend mitgearbeitet hat.

Eine große Reihe seiner Arbeiten beschäftigt sich mit der Ge-

schlechtsbestimmung der Tiere und Pflanzen. Die Erkenntnis, daß auch das Geschlecht, wie alle anderen Eigenschaften vererblich ist, ist zum großen Teil sein Verdienst. Bei allen Pflanzen und Tieren sind entweder die Samen oder die Eier die Träger der geschlechtsbestimmenden Faktoren. Bei den meisten Tieren, auch beim Menschen, kommen die Samenbläschen in zwei Ausgaben vor, entweder mit einem Geschlechtschromosom (X-Chromosom) oder ohne ein solches. Die Eier enthalten stets ein X-Chromosom. Trifft nun ein Samenbläschen mit einem X-Chromosom auf einen Eifer zusammen, so entsteht ein weibliches Wesen mit zwei X-Chromosomen in jeder Zelle; trifft ein Samenbläschen ohne X-Chromosom auf ein Ei, so entsteht ein männliches Wesen mit einem X-Chromosom. Da die Zahl der Männchen und Weibchen bestimmenden Samenbläschen stets dieselbe ist, müssen immer 50 v. H. Männchen und 50 v. H. Weibchen entstehen. Die Weibchen und Samenbläschen sind umgehrt die Eier die Geschlechtsbestimmer.

Correns war einer der wenigen Klaffler der Wissenschaft im Ottomalden Sinne; dagegen hat er nur wenig Bücher erzozen. Seine rathlos fortgeschrittenen Fortschritte lag die Vortrefflichkeit weniger als die eigentliche Fortbildung. Zahlreich sind die Vorträge, die ihm zuteil wurden. Er ist Ehrenbürger fast aller Fakultäten und Mitglied einer großen Reihe von Akademien gewesen, darunter der Preussischen Akademie der Wissenschaften, der Akademien der Wissenschaften in Wien, München und Stockholm. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verleiht in ihm einen ihrer führenden Biologen die Biologie einen ihrer glänzendsten und erfolgreichsten Vertreter.















